

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 7-8

Artikel: Religion. Macht. Frieden. : Sechs Kommentare zu Chancen und Problemen religiöser Friedensarbeit
Autor: Lots, Laura
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Religion. Macht. Frieden.

Sechs Kommentare zu Chancen und Problemen religiöser Friedensarbeit

Religionen und ihre Institutionen können Frieden stiften, aber auch zur Eskalation von Gewalt beitragen. Darüber, was sie im Dienste des Friedens tun können, wird in der Friedens- und Konfliktforschung nachgedacht.

Die Kreuzzüge des «christlichen Abendlandes», die Terrorattacken von 9/11 – wie aus der Pistole geschossen kommen uns Beispiele für Gewalt im Namen der Religion in den Sinn. Von Religionsgemeinschaften als Friedensbotinnen zu sprechen scheint in Zeiten, in denen uns täglich erschütternde Bilder aus Syrien, Afghanistan oder Nigeria erreichen, absurd. Das Engagement von gläubigen Menschen für Gewaltlosigkeit geht im Getöse der einseitigen Berichterstattung unter. Die gebetsmühlenartige Beteue-

rung von jüdischen, christlichen und muslimischen Gelehrten, ihre religiöse Botschaft sei mit Krieg unvereinbar, klingt zunehmend defensiv.

Sind Religionen nun Friedensengel oder Kriegstreiberinnen? Was können sie zum Frieden beitragen, was zu Gewalt? Welche Verantwortung tragen Religionsgemeinschaften für das Ringen um eine friedlichere Welt? Antworten auf diese Fragen gibt die Friedens- und Konfliktforschung. Diese Forschungsdisziplin hat sich in den letzten fünf-

«Die Polizisten waren sehr nett.» Louise Schneider vor ihrer kurzzeitigen Verhaftung anlässlich der Sprayaktion vom 11. April 2017. Bild: Keystone



Arbeit
am
Frieden

zehn Jahren verstärkt mit Religion als Faktor in bewaffneten Konflikten befasst. Im Ergebnis zeigt sich ein Bild mit vielen Schattierungen, das einseitigen Darstellungen entgegensteht. In sechs Kommentaren wirft dieser Text Schlaglichter auf die Erkenntnisse der akademischen Friedensforschung und bezieht sie auf die Arbeit der Kirchen, ihrer Hilfswerke und Basisinitiativen.

Verantwortung für den Frieden tragen

Religion kann Friedensengel und Eskalationsfaktor in Konflikten sein. Diese Feststellung widerspricht pauschalisierenden Vereinfachungen, die in Politik und Medienlandschaft bemüht werden. Aus der Beobachtung, dass Religionsgemeinschaften in Konflikten ihr Gewicht für oder gegen den Frieden in die Waagschale werfen, lässt sich schließen: Religiöse Personen, Institutionen und Gruppen tragen Verantwortung, denn Gemeinschaften wie die Kirchen können beachtliche Ressourcen mobilisieren. Sie sind in Gesellschaften tief verwurzelt und verfügen über eine Infrastruktur, die häufig auch nach langen Kriegsjahren noch funktioniert. Religiöse Eliten haben Vorbildcharakter und sind einflussreich. Über Schwesterkirchen, weltweit agierende Hilfswerke und Graswurzelbewegungen haben sie Zugriff auf ein internationales Netzwerk. Und nicht zuletzt: Sie verfügen über eine theologische Botschaft, mit der sie für Versöhnung und Gewaltfreiheit werben können. Setzen religiöse Gemeinschaften diese Ressourcen nicht für den Frieden ein, tragen sie Mitverantwortung für die Konsequenzen.

Die Kirchen müssen sich anlässlich ihrer zahl- und wortreichen Bekenntnisse zum Frieden die Frage gefallen lassen, welche Ressourcen sie für Friedensarbeit zur Verfügung stellen. Die 2012 von der Schweizerischen Bischofskonferenz beschlossenen Kürzungen bei der Kommission Justitia et Pax zeigen, dass der Arbeit am Frieden nicht die höchste Priorität zugesprochen wird. Friedensinitiativen an der Basis können

einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Kirchenleitungen an ihre Verantwortung für den Frieden zu erinnern.

Die eigene Vergangenheit aufarbeiten

Glaubhafte Fürsprecherinnen für den Frieden können Religionsgemeinschaften nur sein, wenn sie selbstkritisch ihre Vergangenheit aufarbeiten. In Ländern des globalen Südens, in denen die

Die Kirchen müssen sich anlässlich ihrer zahl- und wortreichen Bekenntnisse zum Frieden die Frage gefallen lassen, welche Ressourcen sie für Friedensarbeit zur Verfügung stellen.

christlichen Kirchen als Kollaborateurinnen des Kolonialismus den Ursprung von Konflikten mitverursacht haben, können christliche Hilfswerke kaum als glaubwürdige Friedensbotinnen zur Tat schreiten. In Gewaltkonflikten, in denen Kirchenleute sich am Morden beteiligt haben, müssen die Gemeinschaften Mitschuld eingestehen und um Vergebung bitten.

In Ruanda brauchte die Bischofskonferenz über zwanzig Jahre für diesen Schritt: 2016, im Jahr der Barmherzigkeit, gestand sie öffentlich das eigene Versagen während des Genozids von 1994 ein und bat die Bevölkerung um Verzeihung. Für die zahlreichen christlichen Friedensprojekte im Land, die auch von Schweizer Kirchen, Hilfswerken und FriedensaktivistInnen unterstützt werden, können solche öffentlichen Eingeständnisse ein wichtiger Schritt Richtung Glaubwürdigkeit und Neuanfang sein. Es ist Aufgabe der Kirchen in der Schweiz, ihre Schwesterkirchen dabei zu unterstützen – oder sie dazu aufzufordern.

Risiken nicht scheuen

Der Krieg hat seine Gestalt verändert. Darauf weisen WissenschaftlerInnen wie Mary Kaldor und Herfried Münkler hin. Seit Ende des Kalten Krieges sind die «konventionellen Kriege», die tra-

ditionell zwischen Staaten und ihren Armeen geführt werden, rückläufig. Dafür gibt es immer mehr «neue Kriege», die innerstaatlich ausgetragen werden. Sie zeichnen sich aus durch die Asymmetrie der Parteien: TerroristInnen ermorden ZivilistInnen, Sicherheitskräfte privater Firmen bekämpfen im Auftrag von Regierungen die Söldnertruppen selbsternannter Warlords. Finanziert wer-

manche Hilfswerke äusserst attraktiv. Die Kirchen und ihre Hilfswerke müssen (und können) sich leisten, dort tätig werden, wo ihre Hilfe gebracht wird – und nicht dort, wo die Chancen auf glänzende Evaluationsergebnisse am Wahrscheinlichsten sind.

Militärischen Interessen nicht in die Hände spielen

In der staatlichen Aussenpolitik wird das Potenzial von Religionen als Friedensmächte mittlerweile erkannt. Das Eidgenössische Amt für Auswärtige Angelegenheiten spricht Religionsgemeinschaften als «zivilen Grössen» eine Rolle im diplomatischen Ringen um den Frieden zu. In der Mitwirkung an der auswärtigen Friedenspolitik liegen Chancen für kirchliche Hilfswerke – aber auch Risiken: Die Einbeziehung zivilgesellschaftlich-religiöser Kräfte in die Arbeit am Frieden darf nicht dazu führen, dass der Staat sich aus der Verantwortung stiehlt. Die religiösen NGOs müssen den Staat im Zweifel an seine Verantwortung für eine aktive Friedenspolitik erinnern.

Wenn kirchliche Hilfswerke nach militärischen Interventionen im Sicherheitsinteresse westlicher Regierungen im globalen Süden zuverlässig «aufräumen», tragen sie zur Entstehung einer unheilvollen zivil-militärischen Arbeitsteilung bei. Wenn die Vergabe öffentlicher Gelder zu Gunsten von Friedensprojekten an sicherheitspolitische Strategien geknüpft ist, drohen sich die Organisationen zu unfreiwilligen Komplizinnen staatlicher Interessen zu machen. Und wenn Friedensprojekte unter dem Schutz militärischer Einheiten durchgeführt werden, drohen die Grenzen zwischen Konfliktparteien und HelferInnen aus Sicht der Zivilbevölkerung zu verwischen. Bei der Kooperation mit staatlich-militärischen Kräften sind die religiösen Hilfswerke also gut beraten, Vorsicht walten zu lassen, um nicht Machtinteressen in die Hände zu spielen, die dem Dienst am Frieden fundamental widersprechen.

Die Kirchen und ihre Hilfswerke müssen sich leisten, dort tätig werden, wo ihre Hilfe gebracht wird – und nicht dort, wo die Chancen auf glänzende Evaluationsergebnisse am wahrscheinlichsten sind.

den die neuen Kriege durch den illegalen Handel mit Rohstoffen, Raubgütern und Menschen.

Der Gestaltwandel des Krieges stellt hohe Anforderungen an die Arbeit von Hilfsorganisationen und Friedensprojekten. Die Komplexität der neuen Kriege erschwert sowohl die Herbeiführung von Waffenstillständen, als auch die Wahrung des Friedens im Anschluss. Die sogenannte Friedenskonsolidierung wird wichtiger. Sie soll durch umfassende, ganzheitliche Entwicklungszusammenarbeit verhindern, dass in den vom Krieg zerstörten Gesellschaften erneut Gewalt ausbricht. Wirtschaftlicher Wiederaufbau ist hierbei ebenso wichtig wie zum Beispiel Traumaarbeit, die Wiedereingliederung von KindersoldatInnen oder die Etablierung von Strukturen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

Doch die Hilfsorganisationen stehen unter Druck. Um genügend Mittel und Spenden für ihre Arbeit generieren zu können, müssen sie Erfolge vorweisen, mit denen dann wiederum geworben werden kann. Diese Logik führt dazu, dass Friedensprojekte in post-Konfliktgesellschaften zu einem schwer kalkulierbaren Risiko werden. Deshalb ist die Finanzierung von Friedensarbeit an Orten, an denen sie besonders erfolversprechend ist, für

Ökonomische und soziale Konfliktursachen ernst nehmen

Religionen können in Konflikten eine Rolle spielen, als Mächte des Friedens oder der Gewalt – sie tun dies aber nicht immer. Im Gegenteil: In der überwältigenden Mehrheit der Kriege spielten religiöse Faktoren keine Rolle. Dies schlussfolgern die Autoren der 2004 veröffentlichten «Encyclopedia of War», Charles Phillips und Alan Axelrod. Ein solcher Befund geht unter in der medial befeuerten Überbetonung des Faktors Religion im Konflikt- und Kriegsgeschehen. Problematisch ist das, weil damit ökonomische, politische und soziale Konfliktursachen verschleiert werden. Am Beispiel Nigeria formuliert der Friedens- und Konfliktforscher Marcel Baumann in einer 2013 veröffentlichten Studie im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz pointiert: «In Nigeria werden Christen nicht angegriffen, weil Boko Haram sich mit ihnen über theologische Fragen streitet. Vielmehr tobt ein Machtkampf zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden um Einfluss und Ressourcen.» Theologische Meinungsverschiedenheiten und religiöser Pluralismus lösen nicht zwangsläufig gewaltsame Auseinandersetzungen aus. Die säkularen Konfliktursachen, die durch die Instrumentalisierung religiös aufgeladener Konfliktlinien verdeckt werden, müssen identifiziert und bearbeitet werden. Hier können die Kirchen, die ihnen nahestehenden Hilfswerke und Basisbewegungen als Expertinnen einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie eine differenziertere Perspektive auf die Zusammenhänge von Religion und Gewalt einbringen. So kann Instrumentalisierung enttarnt werden.

Die religiöse Friedensbotschaft an die säkulare Öffentlichkeit vermitteln

«Nichts ist gut in Afghanistan» – mit diesen Worten kritisierte Margot Kässmann 2010 in einer Predigt den Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan. Ihr pointiertes Plädoyer gegen

den Krieg löste öffentliche Kontroversen aus. Der evangelischen Theologin wurde Naivität unterstellt. Kässmann musste sich fragen lassen, ob sie glaube, Krieg liesse sich allein mit Lichterketten und Friedensgebeten beenden. Als Kirchenvertreterin solle sie sich ausserdem mit politischen Meinungen zurückhalten.

Die Kontroversen über Kässmanns Aussagen zeigen, dass die christliche Friedensbotschaft in der öffentlichen Wahrnehmung nicht (mehr) ankommt. Es ist an den Kirchen, ihren Organisationen und Mitgliedern, der religiös unmusikalischen, weitestgehend entkirchlichten Öffentlichkeit das religiös

Es ist an den Kirchen, ihren Organisationen und Mitgliedern, der religiös unmusikalischen, weitestgehend entkirchlichten Öffentlichkeit das religiös begründete Engagement für den Frieden plausibel zu machen.

begründete Engagement für den Frieden plausibel zu machen. Dazu gehört auch, sich unbequemen Debatten zur eigenen Glaubwürdigkeit zu stellen, an einer kohärenten Theologie des Friedens zu arbeiten und sich klar von staatspolitischen Interessen zu distanzieren. In einer Zeit, in der Religion immer selbstverständlicher in einem Atemzug mit Terror und Krieg genannt wird und in der die Angst vor Gewalt unter dem Deckmantel des Glaubens viele Menschen beschäftigt, wäre ein glaubwürdiger, wirksamer und sichtbarer Einsatz religiöser Menschen und Institutionen für den Frieden wichtig – und mächtig.

Laura Lots, *1987, ist Politik- und Islamwissenschaftlerin. In einem Forschungsprojekt an der Universität Freiburg i.Br. hat sie sich mit kirchlichen Beiträgen zur Friedenskonsolidierung befasst. Am Zentrum für Religion, Wirtschaft, Politik der Universität Luzern geht sie den Zusammenhängen von Religion und Politik auf die Spur.

laura.lots@unilu.ch